

SPD-Fraktion/CDU-Fraktion

12.07.2016

An:
Bürgermeisterin Sonja Leidemann

ggf . Nummer
DA3616

- Antrag** gemäß
§ 9 Geschäftsordnung (Änderungsantrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: Sozialausschuss**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeisterin
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD-Fraktion
 CDU-Fraktion
 Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
 Fraktion bürgerforum
 Fraktion DIE LINKE.
 Fraktion Solidarität für Witten
 FDP-Fraktion
 Fraktion WBG
 Piraten
 WITTEN DIREKT
 fraktionslose Ratsmitglieder
 Integrationsrat

Betreff
Verwaltung vor Ort

Inhalt (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

Beschlussvorschlag:

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung zu prüfen, auf welche Art und Weise sie mobil werden und in den einzelnen Stadtteilen künftig Präsenz zeigen könnte. Eine der Prüf-Optionen sollte der Einsatz eines Bürgerbusses sein. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur „Verwaltung vor Ort“ zu erarbeiten und darzustellen, was die Umsetzung kosten würde.

Begründung:

Die demographischen und sozialen Veränderungen machen vor Witten nicht halt. Die Bevölkerung wird immer älter und bei den Einkommensverhältnissen klafft die Schere immer weiter auseinander. Es besteht dringender Handlungsbedarf, denn es darf niemand außen vorgelassen werden. Die Quartiere in den Stadtteilen sollten wieder stärker in den Fokus der Verwaltung gerückt werden. Wir vertreten die Meinung, dass eine Verwaltung für Ihre BürgerInnen da sein sollte. Mit diesem Antrag möchten wir eine Annäherung der Verwaltung an die BürgerInnen erreichen, die es sich aus körperlichen und/oder finanziellen Gründen nicht leisten können, in die Stadt zu fahren, um ihre Anliegen vorzubringen.

Daher ist zu beschließen, dass sich die Verwaltung in mobiler Art, regelmäßig und rotierend in den jeweiligen Quartieren positioniert und als Ansprechpartner vor Ort ist. Dieser neue Service soll eine Ergänzung des Innenstadt-Angebotes sein, die mit dem Bestandspersonal abgedeckt wird. Dass in einer mobilen Verwaltung nicht alle Fragen sofort geklärt werden können, ist klar. Doch wenigstens können die Anliegen – auch zu Verbesserungen im Quartier – dort aufgenommen werden. Es können auch Ansprechpartner benannt werden.

gez.
Dr. Uwe Rath
Fraktionsvorsitzender der SPD

gez.
Arnulf Rybicki
Stv. Fraktionsvorsitzender der CDU

gez.
Armin Suceska
SPD-Ratsmitglied

gez.
Claus Humbert
SPD-Ratsmitglied